

Nachrichten des HSGB, Mittwoch, 4. November 2015

## Flüchtlinge: Potenzial für kleine Städte und Gemeinden

Vor dem Hintergrund der Zuweisung von Flüchtlingen in den von Schrumpfung und demografischem Wandel betroffenen ländlichen Regionen fordert Karl-Christian Schelzke, der Geschäftsführer des HSGB, ein Gesamtkonzept für Hessen, das den kreisangehörigen Städten und Gemeinden hilft, die Chance der Zuwanderung für die Kommunen zu nutzen.



Die Kommunen würden erkennen, dass die Funktionsfähigkeit des städtischen Gemeinwesens und der örtlichen Infrastruktur von der Aktivierung bislang ungenutzter Potenziale und vom Zuzug neuer Personen abhängen. Dies gelte sowohl für den örtlichen Arbeitsmarkt, als auch für viele ehrenamtliche Strukturen wie Kirchengemeinden, freiwillige Feuerwehren, Vereine etc..

„Wenn Zuwanderern und Flüchtlingen eine Perspektive auf dem Land geboten werden kann, wird auch der Zuwanderungsdruck auf die Ballungsräume erheblich gesenkt“, so Schelzke.

Denn: „Meiner Überzeugung nach gibt es in absehbarer Zukunft erhebliche Probleme, wenn allein die Ballungsräume die Flüchtlingsströme auf Dauer aufzunehmen haben. Deswegen sollte man Flüchtlinge auch im ländlichen Raum unterbringen. Und dort kann man aufgrund von Zuwanderung der demographischen Entwicklung entgegenwirken. Hierfür braucht man jedoch Geld, viel Geld.“

„Gemessen an den künftigen sozialen Aufwendungen, die ansonsten in den Ballungsräumen erforderlich werden, ist eine solche Vitalisierung des ländlichen Raumes auf lange Sicht kostensparend“, so resümiert Schelzke in einem Interview mit der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung seine Forderung an das Land Hessen.

Der Geschäftsführer des HSGB führte aus: „Das Land Hessen und der Bund müssen zum einen die erforderlichen finanziellen Mittel zur Verfügung stellen. Genauso wichtig ist jedoch auch, dass seitens des Landes Hessen eine Koordination stattfindet. Wir als Städte- und Gemeindebund begrüßen, dass der hessische Staatskanzleichef Axel Wintermeyer zum politischen Koordinator für Flüchtlingsfragen berufen wurde. Das ist ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Alle müssen mitmachen. So sollten beispielsweise die von der EU zur Verfügung gestellten Fördermittel für ländliche Regionen nicht nur erhöht, sondern entsprechend neu ausgerichtet werden“.

[Sonntagsinterview FAZ vom 25.10.15](#)

